



Pet 3-19-10-787-027874

76829 Landau in der Pfalz

Tierschutz

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 20.05.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, Halāl-Schlachtungen und den Verkauf von Halāl-Fleisch in Deutschland zu verbieten.

Zur Begründung trägt der Petent vor, die Schlachtmethode sei Tierquälerei, die nicht legal sein dürfe. Tiere müssten – egal aus welchem Grund – schnell und schmerzfrei getötet werden.

Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht und zur Diskussion bereitgestellt. Der Petition schlossen sich 1067 Mitzeichnende an und es gingen 22 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft – Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss bringt dem Anliegen des Petenten, Tiere – sofern dies erforderlich ist – schnell und schmerzfrei zu töten, großes Verständnis entgegen. Gleichwohl kann er



die Forderung, Halāl-Schlachtungen sowie den Verkauf von Halāl-Fleisch zu verbieten, nicht unterstützen.

Zur Begründung lässt sich Folgendes ausführen: Was unter Halāl konkret zu verstehen ist, ist rechtlich nicht geregelt. Es bedeutet jedoch nicht, dass die Tiere notwendigerweise ohne Betäubung geschlachtet wurden. Solange daher die bei der Erzeugung des Fleisches zu beachtenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden, steht einer entsprechenden Kennzeichnung als Halāl, und damit für den Verzehr durch Muslime geeignet, nichts entgegen. Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, die Erzeugung und den Verkauf von als „Halāl“ gekennzeichnetem Fleisch zu verbieten, da der Lebensmittelunternehmer grundsätzlich frei in der Art und Weise der Kennzeichnung seiner Waren ist, solange diese nicht rechtlichen Vorgaben widerspricht oder für die Verbraucherinnen und Verbraucher irreführend ist. Durch die Bezeichnung soll lediglich signalisiert werden, dass das Fleisch zum Verzehr durch Muslime geeignet ist.

Im Zusammenhang mit religiösen Schlachtungen treten häufig Missverständnisse bei den Begriffen „Schächten“ und „Halāl“ auf. Schächten ist jedoch im Gegensatz zu Halāl rechtlich definiert und bezeichnet das betäubungslose Schlachten von warmblütigen Tieren, welches jedoch gemäß § 4a Absatz 1 Tierschutzgesetz (TierSchG) grundsätzlich verboten ist.

Abweichend hiervon kann die zuständige Behörde jedoch gem. § 4a Absatz 2 Nummer 2 TierSchG eine Ausnahmegenehmigung erteilen, falls dies erforderlich ist, um den Bedürfnissen von Angehörigen bestimmter Religionsgemeinschaften zu entsprechen, denen zwingende Vorschriften ihrer Religionsgemeinschaften das Schächten vorschreiben oder den Genuss von Fleisch nicht geschächteter Tiere untersagen. Damit wird ein verfassungsrechtlich gebotener, angemessener Ausgleich zwischen dem Grundrecht auf freie Religionsausübung einerseits und dem Staatsziel Tierschutz andererseits, geschaffen.



Im alltäglichen Gebrauch kann Schächten jedoch auch Schlachtungen, die entsprechend der religiösen Vorschriften und im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben durchgeführt werden, meinen.

Ergänzend weist der Petitionsausschuss auf die Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. Januar 2002 und den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 13. November 2006 hin.

2002 hat das Bundesverfassungsgericht bereits den Tierschutz in einer umfassenden Abwägung mit der verfassungsrechtlich geschützten Religions- sowie Berufsfreiheit berücksichtigt, da der Tierschutz einen Gemeinwohlbelang darstelle, dem auch in der Bevölkerung ein hoher Stellenwert beigelegt werde. Daher könne lediglich in den in § 4a Absatz 2 TierSchG normierten Ausnahmefällen eine Genehmigung für das „Schächten“ erteilt werden.

Vor dem Hintergrund der Einführung des Tierschutzes in Artikel 20a Grundgesetz (GG) hat das Bundesverwaltungsgericht überprüft, ob die ausnahmsweise erteilte Erlaubnis zum Schächten mit den nunmehr verfassungsrechtlich verankerten Prinzipien des Artikel 20a GG vereinbart ist. Auch hier kam das Gericht zu dem Ergebnis, dass die Aufnahme des Tierschutzes es nicht ausschließe, einem muslimischen Metzger eine Ausnahmegenehmigung nach § 4a Absatz 2 Nummer 2 Alternative 2 TierSchG zum Schächten von Rindern und Schafen zu erteilen, um seine Kunden entsprechend ihrer Glaubensüberzeugung mit Fleisch zu versorgen. Auf der Grundlage dieser Vorschrift, sei der erforderliche Ausgleich zwischen dem zur Staatszielbestimmung erhobenen Tierschutz und den betroffenen Grundrechten weiterhin so herzustellen, dass beide Wirkung entfalten können.

Da unter dem Begriff „Halāl“ nicht notwendigerweise das Schächten von Tieren fällt, fehlt es an einer klar definierten rechtlichen Voraussetzung für das Kennzeichnen von Halāl-Fleisch, sodass ein vom Petenten gefordertes Verbot nicht zielführend wäre.

Daher kann der Petitionsausschuss das Anliegen des Petenten nicht unterstützen.



Er empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.